

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université
Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten
Band: 10 (1984)
Heft: 3

Artikel: Gedanken zu den Beschäftigungsproblemen junger Hochschulabsolventen
Autor: Bonny, Jean-Pierre
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894342>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gedanken zu den Beschäftigungsproblemen junger Hochschulabsolventen

Jean-Pierre Bonny, Nationalrat

Am 16. Dezember 1983 habe ich im Nationalrat ein Postulat eingereicht, welches folgenden Wortlaut hat:

- "Der Bundesrat wird eingeladen, einen Bericht zu erstellen, der
- die Konsequenzen der gegenwärtigen Beschäftigungslage der jungen Hochschulabsolventen untersucht;
 - die möglichen Entwicklungen dieser Problematik für die nächsten Jahre aufzuzeigen versucht;
 - die Massnahmen darstellt, welche zur Bewältigung dieser Schwierigkeiten getroffen werden müssen."

"Le Conseil fédéral est prié d'établir un rapport

- qui analyse les conséquences de la situation actuelle de l'emploi chez les jeunes universitaires;
- qui essaie de prévoir l'évolution de ce problème pour les années à venir; et
- qui présente les mesures nécessaires à l'aplanissement de ces difficultés."

Mitunterzeichner des Postulates sind die Nationalräte Ammann - Bern, Cevey - Vaud, Couchepin - Valais, Darbellay - Valais, Jeanneret - Neuchâtel, Künzi - Zürich, Lüchinger - Zürich, Martignoni - Bern, Pidoux - Vaud, Spälti - Zürich.

Am 29. Februar 1984 erklärte sich der Bundesrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Es ist also damit zu rechnen, dass der Bundesrat in absehbarer Zeit den gewünschten Bericht erstellen lassen und verabschieden wird.

Soweit die Ausgangslage. Das Postulat zielt also in erster Linie darauf ab (Forderungen 1 und 2), dass in Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden eine Lagebeurteilung über die wichtige und meines Erachtens leider sehr aktuelle Frage der Beschäftigungsproblematik der Jungakademiker heute und in

naher Zukunft vorgenommen wird. In einem dritten Punkt wird konsequenterweise die Frage nach den allfällig gebotenen Massnahmen aufgeworfen, wobei durch die Fragestellung nichts präjudiziert oder suggeriert wird. Zu meinem Erstaunen haben diese sehr nüchternen Fragen, welche - wie dies auf wissenschaftlicher Ebene eine Selbstverständlichkeit sein sollte, vor allem die Erarbeitung objektiver Entscheidungsgrundlagen anzustreben -, in gewissen Hochschulkreisen zum Teil Unruhe hervorgerufen. Offenbar habe ich damit einige Hochschulpolitiker, die - wie Vogel Strauss - den Kopf angesichts der sich zuspitzenden Situation in den Sand stecken, in ihrer Ruhe gestört. Es gab aber auch Stimmen aus Hochschulkreisen, von Dozenten und Studenten, die dankbar waren, dass jemand dieses heisse und zugegebenermassen unbequeme Thema angepackt hat. (Immerhin sei darauf hingewiesen, dass sich vor einigen Jahren - unter allerdings noch wesentlich günstigeren Auspizien - der Schweizerische Wissenschaftsrat mit diesem Thema befasst hat.)

Es wird kaum jemand ernsthaft bestreiten können, dass sich die Beschäftigungsaussichten der jungen Hochschulabsolventen in den letzten Jahren drastisch verschlechtert haben. Die anfangs 1984 publizierten Ergebnisse einer von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für akademische Berufs- und Studienberatung durchgeführten Totalerhebung sprechen leider eine deutliche Sprache. Sie zeigten nicht nur eine markante Steigerung der Arbeitslosigkeit (5,1%, früher zwischen 2,2 und 2,6%) sowie der befristeten und teilzeitlichen Arbeitsverhältnisse auf; darüber hinaus fällt vor allem auf, dass neben den schon vorher mit Beschäftigungsproblemen belasteten Studienrichtungen (Politologen, Psychologen, Soziologen) nun auch eine Reihe klassischer Zweige von diesem negativen Trend erfasst werden. Ich denke dabei z.B. an die Geisteswissenschaften, die Humanmedizin und die Jurisprudenz. Die von dieser Problematik nicht tangierten Studienrichtungen sind heute leider eindeutig in der Minderzahl, was gegenüber der Lage vor 5 Jahren eine klare Umkehr der Verhältnisse bedeutet.

Die Auseinandersetzungen um unser krankes Gesundheitswesen haben insbesondere die Frage des Aerteüberflusses ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht und dazu geführt, dass die mit der Revision der Krankenversicherung beauftragte nationalrätliche Kommission mit allen gegen eine Stimme eine Kommissionsmotion verabschiedet hat, die den Bundesrat auffordert, im Rahmen der Bildungs- und Gesundheitspolitik in Zusammenarbeit mit den Kantonen Massnahmen zu treffen, um dieser Entwicklung zu begegnen. Gemäss einer NFP-Studie wird sogar mit einer Verdreifachung der praktizierenden Aerte in den nächsten 30 Jahren gerechnet. Die Tatsache, dass in der Studie diese Entwicklung nicht als Gefahr, sondern als Chance (!) bezeichnet wird, möchte ich entweder in die Kategorie des unfreiwilligen oder - wenn gewollt - des makabren Humors einstufen!

Zu denken geben aber auch die Prognosen, welche sich auf die Entwicklung der Studentenzahlen an unseren Hochschulen beziehen. Während 1982 65'552 Studenten an den Schweizer Hochschulen eingeschrieben waren, soll deren Zahl laut einer Prognose des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft (Prognosen 1983) 1986 72'300 und 1989 gar einen Höchststand von 74'200 erreichen. Für die ganzen Achtzigerjahre wird von einem sehr hohen Stand ausgehend nochmals eine Steigerung von 22% vorgesehen.

Selbst wenn ab Beginn der 90er Jahre eine leichte Korrektur erwartet wird, machen diese Zahlen nachdenklich. Aus Angst vor allfälligen Massnahmen werden nun Stimmen laut, die sagen, für die Lernfreiheit müssten die Jungakademiker in Gottes Namen Arbeitslosigkeit oder bildungsinadäquate Beschäftigung in Kauf nehmen. Ich muss offen gestehen, dass ich eine solche Haltung inakzeptabel, ja unverantwortlich finde; kommt sie nicht - im Stile eines bildungspolitischen "Manchester-liberalismus" - einer "après nous le déluge"-Politik gleich? Hochschulpolitik ist integrierender, wichtiger Teil der Bildungspolitik, und Bildungspolitik ist integrierender, wichtiger Teil unserer schweizerischen Gesamtpolitik. Es geht

doch nicht an, dass wir eine Hochschulpolitik betreiben, die deren postuniversitären Konsequenzen in sozialer, finanzieller und wirtschaftlicher Sicht ausser acht lässt. Das ist zwar bequem aus einer rein hochschulpolitischen Perspektive, ist aber aus einer übergeordneten Gesamtsicht nicht zu verantworten. Eine solche Politik leistet auch Illusionen Vorschub. Mit viel Geschick und List ist es bisher gelungen, den Numerus Clausus für die Studenten der Humanmedizin zu vermeiden. Wäre es nicht an der Zeit zuzugeben, dass wir dadurch den NC einfach auf die nachfolgende, für die gute Ausbildung der Aerzte sehr wichtige Stufe der Assistenzstellen verschieben, wo heute ein faktischer NC besteht? Bereits heute besteht die Tendenz oder genauer gesagt die Gefahr, dass Jungmediziner unter dem Zwang der Verhältnisse sehr rasch eine eigene Praxis eröffnen, was für die Qualität unserer Gesundheitsversorgung auf die Dauer nicht förderlich sein kann. Der Kampf um die Verhinderung des NC beim Humanmedizinstudium ist zweifelsohne gutgemeint; er geht aber m.E. von falschen Voraussetzungen aus. Entscheidend ist letztlich nicht, ob es gelingt, für alle Studiuminteressenten des Faches Humanmedizin die nötige Anzahl Bildungsplätze bereitzustellen; entscheidend ist vielmehr die Ueberlegung, dass wir für eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung eine genügende Zahl Mediziner ausbilden und dabei auch die sozialen Aspekte der Jungmediziner sowie die finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus gesamtpolitischer Sicht berücksichtigen.

Meine zugegebenermassen unvollständigen Hinweise auf die NC-Problematik führen mich zu einigen vorläufigen Schlussfolgerungen (vorläufig deshalb, weil natürlich vorerst einmal der Bericht des Bundesrates abgewartet werden muss, von dem ich mir vor allem eine nüchterne, sachliche, hoffentlich nicht von Wunschdenken und "Optimismus à tout prix" geprägte Lageanalyse erhoffe):

- 1) Die Hochschulpolitik muss noch stärker in einen Gesamtkontext einbezogen werden. Eine Hochschulpolitik im Elfenbeinturm ist früher oder später zum Scheitern verurteilt.
- 2) Die Hochschulpolitik (kleine freche Nebenfrage: gibt es überhaupt eine solche?) muss vermehrt auf mittlere Frist

angelegt sein. Kurzfristige Uebungen wie die alljährlichen "NC-Manöver" lösen auf die Dauer die Probleme nicht.

3) Holzhackermethoden bringen nichts. Auch die Konfrontation zwischen Berufsbildung und Hochschulpolitik ist unersprießlich, weil die Voraussetzungen zu verschieden sind. Ich sehe vor allem drei Bereiche, wo zurzeit zu wenig geschieht:

- Die Koordination, das Gespräch zwischen Mittelschulen und Universitäten ist beinahe inexistent. (Der Gerechtigkeit halber möchte ich hier als positive Ausnahme die Anstrengungen der SHK im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten bei den Ausbildungsstellen für Medizinstudenten erwähnen).
- Der Matura muss ein anderer, eigenständiger Stellenwert gegeben werden. Heute ist sie allzusehr nur auf die Aufnahme des Hochschulstudiums ausgerichtet.
- Auch auf der Nachfrageseite werden die Möglichkeiten zu wenig ausgeschöpft. Jungakademiker werden bei der Stellensuche immer wieder mit dem an sich lächerlichen Einwand der mangelnden Praxis konfrontiert. Es sind daher - wie dies bei einigen Bundesämtern schon heute der Fall ist - vermehrt Praktikantenstellen in den öffentlichen Verwaltungen und in der Privatwirtschaft zu schaffen.

Die anstehende Problematik ist zugegebenermassen komplex und schwierig. Wunderrezepte gibt es nicht. Es wäre schon viel gewonnen, wenn man sich die Mühe nähme, die Schwierigkeiten als solche zu erkennen und sie nicht mit Hinweisen auf hypothetische Entwicklungen, auf Schweinezyklen und andere Rhythmen zu verharmlosen.